

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Slowakei**

**Quartal/Jahr: III/2011**

## SCHLAGZEILEN

1. Eurorettungsschirm stellt Regierungskoalition auf harte Probe
2. Bundespräsident Christian Wulff besucht die Slowakei

### **1. Eurorettungsschirm stellt Regierungskoalition auf harte Probe**

Der Eurorettungsschirm (EFSF) stellt die Regierungskoalition von Ministerpräsidentin Iveta Radicova auf eine harte Probe. Im August hatte sie schon festgelegt, dass die Slowakei als letztes Land darüber abstimmt, um noch ausreichend Zeit für Gespräche mit den Koalitionspartnern zu haben. Der kleinste Koalitionspartner, die ökoliberale Partei Freiheit und Solidarität (SaS) sperrt sich seit Monaten, dem neuen 440 Mrd. Rettungsschirm zuzustimmen. Sie hat ein Positionspapier mit dem Titel "EFSF - Der Weg zum Sozialismus" herausgegeben. Der Rettungsschirm kann nur in Kraft treten, wenn er von allen 17 Euro-Staaten angenommen wird. Derzeit steht neben Malta noch die Slowakei mit der Abstimmung im Parlament aus. Die SaS will ihre Zustimmung für einen hohen Preis verkaufen. Sie will für ein „Ja“ im Parlament die Versicherung, dass die Slowakei nicht dem permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beitrifft. Ob dieser Preis durch die anderen drei Regierungsparteien auch gezahlt wird, ist eher unwahrscheinlich. Zudem wird dies auch Brüssel nicht akzeptieren. Der Eurorettungsschirm und die Eurokrise sind Dauerstreitthema im Parlament und in der Regierung. Ministerpräsidentin Radicova muss mehr Zeit aufwenden für die Gratwanderung zwischen den Forderungen der Regierungsparteien als in der politischen Auseinandersetzung mit der Opposition. Ein Zerbrechen der derzeitigen Koalition hätte Neuwahlen und vermutlich die Neuauflage einer linken Regierung unter Robert Fico zur Folge. Dieser hatte schon angekündigt, für den Rettungsschirm zu stimmen, aber nur, wenn die Regierung zurück tritt und den Weg für Neuwahlen frei macht. Allerdings ist Fico selbst einer der Gründe, warum die derzeitige Regierungskoalition noch nicht zerbrochen ist. Die SaS kann es sich schwer vorstellen, Juniorpartner in einer Regierung unter Robert Fico zu werden. Die Differenzen sind zu groß.

Am 14. September musste sich die Regierungschefin wieder einmal der Vertrauensfrage stellen, die sie mit 78 zu 69 für sich entscheiden konnte, allerdings erst nach einer mehr als zwölfstündigen Nachtsitzung. Die Vertrauensfrage wurde zu einem fast schon gewöhnlichen Instrument der Premierministerin, ihre Koalition in Schach zu halten. Sie läuft allerdings diesmal Gefahr, dass die Drohung mit Neuwahlen keine Wirkung mehr zeigt. Auslöser diesmal waren zwei angebliche Korruptionsvorwürfe gegen ihre Mitarbeiter, denen sie nicht nachgegangen sei. Sie nutzte jedoch die Debatte zuvor wieder, um das nahe Ende der Koalition mit ihrem eigenen Schicksal zu verknüpfen, wenn nicht eine Einigung für den EFSF greifbar wird.

Gründer von SaS und Parlamentspräsident Richard Sulik wettete vordringlich gegen den Eurorettungsschirm und gegen Griechenland. *"Warum sollen wir mit den Griechen solidarisch sein? Die haben die dritt- oder viertgrößte Armee und 1.300 Panzer, die Slowakei hat keinen einzigen."* Natürlich will sich die SaS nicht als europakritische Partei darstellen, aber die Solidarität mit den Griechen, denen sie über 30 Jahre Misswirtschaft mit EU-Hilfen vorwerfen, will man nicht mehr weiter pflegen. Dabei sind solche Äußerungen nicht nur als politische Rhetorik zu verstehen, sondern sind auch die Meinung eines großen Teils der slowakischen Bevölkerung, da sich besonders die Menschen mit kleineren Einkommen damit identifizieren können. Richard Sulik ist kein Außenseiter, der sich der Euroskepsis aus populistischen Gründen bedient. Er war als Berater im Finanzministerium vor Jahren der Vordenker für die Fat Tax, die der Slowakei auch wesentliche Investitionen gebracht hat. Sulik studierte in München BWL und Physik, promovierte später in Bratislava und war erfolgreicher Geschäftsmann bis er in die Politik ging. Die SaS versucht mit ihrem Verhalten ihr sozialpolitisches Profil zu schärfen, falls es zu Neuwahlen kommen sollte, oder, um noch innenpolitische Konventionen durchzusetzen. Wenn nicht im Koalitionsausschuss am kommenden Montag noch ein Kompromiss gefunden wird, droht der Ministerpräsidentin am Dienstag eine Abstimmungsniederlage im Parlament und die Slowakei wäre damit das Land, das den jüngsten Eurorettungsschirm verhindert hätte.

## **2. Bundespräsident Christian Wulff besucht die Slowakei**

Vom 26. -27. September stattete Bundespräsident Wulff der Slowakei einen Staatsbesuch ab. Gastgeber und Staatspräsident Ivan Gasparovic empfing den Gast aus Deutschland in seinem Amtssitz im Zentrum der Stadt. Der Bundespräsident ermahnte die slowakische Führung in Bezug auf die drohende Niederlage bei der Abstimmung über den Eurorettungsschirm: *„Wenn alle alles richtig machen, sind alle Probleme lösbar.“* Staatspräsident Gasparovic zeigte sich zuversichtlich und betonte: *„Die Slowakei wird kein Bremser sein“*. Am zweiten Tag des Besuchs flogen beiden Saatsoberhäupter in den Osten des Landes zu einem Besuch der deutschen Minderheit, wo beiden die Ehrenbürgerwürde der Stadt Käsmark/Kezmarok verliehen wurde. Bei seinen abschließenden Gesprächen mit der Ministerpräsidentin Radicova und dem kritischen Parlamentspräsidenten Richard Sulik ging es noch einmal um die

Zustimmung zum Eurorettungsschirm. Wulff zeigte Verständnis für die Lage in der Slowakei, betonte aber auch, dass durch rund 450 deutsche Unternehmer und Investoren in der Slowakei rund 90.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden, was auch durch die Mitgliedschaft in der Eurozone begünstigt wurde.

## Ulrich Kleppmann

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Budapest, Ungarn.

### IMPRESSUM

Erstellt: 07.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iz@hss.de](mailto:iz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)